

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 32 (1952-1953)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Stimmen der Weltpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Am 22. Januar hielt *André François-Poncet*, als Nachfolger Pétains in der Académie Française, die in diesem illustren Kreise übliche Gedenkrede. Seine Aufgabe war schwierig. Er meisterte sie restlos, weil er absolute Unparteilichkeit wahrte. In ritterlicher Weise erinnerte er daran, daß er sich im Jahre 1940 bereit erklärt habe, dem Conseil national anzugehören, und lobte den Marschall in objektiver und gemäßigter Form, Licht und Schatten gleichmäßig verteilend. Der «*Monde*» vom 23. Januar brachte die Rede im Wortlaut. Der Redner erwähnte das für das Verständnis von Pétain so wichtige Wort: «L'audace est l'art de mettre une limite au risque». Im ersten Weltkrieg war es das große Verdienst Pétains, der Truppe Vertrauen einzuflößen. Als dieses im Jahre 1917 einen Augenblick erschüttert war, stellte Pétain die Situation wieder her, «restituit rem». Bei Beginn des heiklen Teiles seiner Rede schilderte François-Poncet die Anekdote Solons, der vor Krösus ausgerufen haben soll: «Ich denke an all' die Leiden, denen die Götter Dich aussetzen werden, als Preis für Deinen jetzigen Glanz». François-Poncet schilderte sodann die erschütternde Katastrophe, das Waffenstillstandsbegehren und hielt die Waage zwischen Schild und Schwert — Pétain und de Gaulle. «Während der Waffenstillstand den Instinkten des Volkes entsprach, erhob sich jenseits des Ärmelkanals eine französische Stimme». Der Redner erinnerte auch an die begeisterte Begrüßung Pétains seitens der Pariser Bevölkerung im April 1944 und an jene de Gaulles vier Monate später. François-Poncet schloß mit den Worten, es sei nicht notwendig, das Verdikt der Geschichte abzuwarten, «La foule aux mille visages s'est déjà prononcée». Das Volk hat jene nicht getrennt, die von innen und von außen ihr bestes geleistet haben, um dem Lande zu dienen. Es ist zu hoffen, daß der Appell zur Einigkeit von allen gehört wird. Es ist die Lehre dieses großangelegten Vortrages.

In «*Christ und Welt*» Nr. 6/1953 veröffentlichte *Eugen Gerstenmaier* einen warm empfundenen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Bischof *Wurm*. «Das deutsche Kirchentum hat manchen guten Mann gestellt, als der Kampf zwischen Staatsallmacht und Kirche entbrannte. Der Bischof von Württemberg aber gehörte zu den wenigen, die wußten, daß es nicht genug ist, die Freiheit der Verkündigung zu verteidigen, sondern daß es auch Pflicht der Kirche ist, für die Freiheit, das Recht und Leben des unter die Mörder Gefallenen einzutreten. Wurm hat dafür nicht nur sein hohes Amt, sondern auch seine Freiheit, ja seinen Kopf gewagt. Mit Gottesfurcht und Mannesmut wurde er darüber ein Vertrauensmann seiner Kirche und seines Volkes. — Der deutsche Protestantismus hat es wesentlich Wurm zu verdanken, wenn er glaubwürdig geblieben ist. Und er hat es in erster Linie wiederum Wurm zu verdanken, daß seine Kirchen in unseren Tagen über alle Spannungen und Verschiedenheiten hinweg als eine Einheit in Erscheinung treten...». — In der Gedächtnisstunde in Stuttgart sagte Bischof *Dibelius* unter anderem von Wurm: «Er, der den Frieden so liebte, hat unerbittlich um die Unabhängigkeit seiner Kirche gekämpft... Als die Kirchen im Norden stumm gemacht worden waren, öffnete er hier in Württemberg unseren jungen Kandidaten das Tor zur Ordination. Hier bei Vater Wurm fanden wir Rat und Hilfe in Bitterkeit und Anfechtung... Was Wurm den Mächtigen des NS-Staates schrieb, wird fortleben als eine Stimme der Barmherzigkeit, der Menschlichkeit, des Rechts und der Freiheit im deutschen Volk. Und wenn einmal die Geschichte unseres Volkes unter den Besatzungsmächten geschrieben wird, dann werden auch hier die Worte Wurms ein lebendiges Zeugnis für die Stimme des Rechts und für das Verlangen nach

echter Gerechtigkeit sein». («*Evangelische Welt*» Nr. 4, Bethel-Bielefeld.) — Bei der Trauerfeier sah man von katholischer Seite Weihbischof Dr. Fischer und den Msgr. Baumgärtner. («*Evangelischer Pressedienst*», Bethel-Bielefeld, Nr. 5.)

*Bertold Spuler*, Professor für Orientalistik an der Universität Hamburg, verfaßte in der Zeitschrift «*Ost-Europa*» Nr. 5 einen Bericht über die *orthodoxen Kirchen Südosteuropas*, dem wir folgende Angaben entnehmen: Die Lage der balkanischen orthodoxen Kirche, der die langen Jahre der Verfolgung, die Vernichtung kirchlichen Eigentums, die staatlich gelenkten Spaltungsversuche erspart geblieben sind, ist mit derjenigen der russischen Kirche nicht vergleichbar. Als die neuen Machthaber nach 1945 ans Ruder kamen, erfreute sich die russische orthodoxe Kirche bereits wieder einer momentanen Hochschätzung. So blieb die Struktur des Kirchenwesens in Rumänien, Bulgarien und auch in Albanien zunächst intakt. Aber bereits 1950/51 wurde die diktatoriale Schraube angezogen: Schließung der theologischen Fakultäten in Rumänien und Bulgarien, die durch «Akademien» ersetzt wurden, deren Studentenzahl man von vornherein beschränkte. Sodann pflichtmäßige Unterrichtsfächer, «Staatskunde», «Fortbildungskurse», damit die «volksdemokratischen» Ziele auch von der Kanzel herab gefördert würden. In Rumänien wurde weiterhin im Juni 1948 Justinian als Patriarch eingesetzt, ein Kommunist und militanter Verteidiger der Moskauer Linie. Er erreichte, wenigstens nach außen hin, die völlige Gleichschaltung der rumänischen Kirche, während in Bulgarien diesem Prozeß mehr Widerstand entgegengesetzt wurde. Dort fand sich kein dem Staate willfähriges kirchliches Oberhaupt. Eine neue «demokratische» Kirchenverfassung konnte sich nicht voll auswirken. Über die Verhältnisse innerhalb der albanischen Kirche ist wenig bekannt. Bemerkenswert ist jedoch die Ablösung des bisherigen Erzbischofs Christof durch den moskaufreundlichen Erzbischof Paisios.

Als ein besonderes Kennzeichen der orthodoxen Kirche in den Balkanländern nennt Spuler den Austausch von Abordnungen mit dem Moskauer Patriarchat, wie auch die gegenseitigen Besuche der Kirchenoberhäupter. Die dadurch erreichte Verklammerung der Balkankirche mit der russischen schafft eine zusätzliche Bindung des Ostblocks, obwohl noch keine politische grundsätzliche Neuordnung, etwa die Anerkennung der Vorrangstellung Moskaus gegenüber Konstantinopel, erkennbar ist. Eine neutralere Stellung gegenüber Moskau hat sich der Belgrader Patriarch Vinzenz bewahrt: Er hat jede Polemik wie auch jede Verbindung mit Moskau vermieden. Trotzdem hat Tito, wie die Kominformstaaten, den Druck auf die orthodoxe Kirche verstärkt: Auflösung der theologischen Fakultät, Gründung eines «orthodoxen Priesterverbandes». Und doch hat die Kirche in Jugoslawien eine «betonte Selbständigkeit» bewahren können gegenüber der «absoluten Staats-treue» in Rumänien und einer «gewissen Zurückhaltung» in Bulgarien.

Im Artikel «*Il fatto nuovo*» der Wochenschrift «*Il Mondo*» vom 14. Februar bezeichnet *Antonio Calvi* die kritischen und feindseligen Äußerungen einiger politischer Kreise Europas zur Entneutralisierung der Insel Formosa als unbegründet. Der Verfasser nimmt zu den *englischen* Einwänden wie folgt Stellung: Das Ausbleiben einer vorherigen Orientierung war berechtigt. Sie zeigte den Kommunisten, daß die USA imstande sind, unmittelbare Initiativen zu strategischen Einschüchterungszwecken zu ergreifen. — Eine amerikanische Politik zur Wiederherstellung des nationalchinesischen Regimes ist unwahrscheinlich. Hervorragende neutrale Beobachter sind der Meinung, daß Washington an eine Anerkennung des kommunistischen Chinas, als Gegenleistung für ein freies Korea und ein von Tschang Kaischek regiertes Formosa, denken könnte. — Die eventuellen ungünstigen Reaktionen in einigen asiatischen Ländern, wie z. B. Indien, die sich aus der Deblockierung Formosas ergeben könnten, würden, auch wenn sie berechtigt seien, nicht verhindern,

daß die Westmächte, wie bereits in anderen Teilen Asiens, zu nicht gerade demokratischen Mitteln ihre Zuflucht nähmen. — Der Befürchtung, daß beim ersten Anzeichen der Deblockierung Formosas in Asien ein unbegrenzter Krieg ausbrechen könnte, wird entgegengehalten, England könne in Europa keine dynamischere Politik und keine intensivere Aufrüstung entwickeln, die allein eine passive Politik Amerikas im Fernen Osten gestatten könnten. — Auch die Vermutung, die neue amerikanische Verpflichtung in Asien werde Europa Waffen entziehen, ist nicht stichhaltig, da die «Bedrohung aus Formosa» Französisch-Indochina nützt, für das der Atlantikrat größere Beiträge gefordert hatte. — Die befürchteten Repressalien gegen Hongkong seitens der Rotchinesen betreffen lediglich die britischen Handelsinteressen. — Der Autor kommt zum Schluß, man könne eine militärische Aktion, von der viele Aspekte unbekannt seien, nicht beurteilen, es seien aber zwei günstige Perspektiven möglich. Der psychologische Aspekt der genannten Entscheidung werde über den militärischen Aspekt siegen, und auf jeden Fall werde man dem gewissermaßen durch eine Mittelsperson geführten kommunistischen Krieg durch einen ebenfalls durch eine Mittelsperson geführten westlichen Krieg begegnen können.

In einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über *Western Disunion* schreibt der «*Economist*» vom 14. Februar, daß die ganze freie Welt sowohl darüber einig sei, den gegenwärtigen «kalten» Krieg einem «heißen» Welt- und Atomkrieg vorzuziehen, als auch darüber, daß man berechenbare Risiken auf sich nehmen müsse, sofern es überhaupt einen Weg gebe, den «kalten» Krieg zu beenden, ohne durch das Fegefeuer eines «heißen» Krieges zu gehen. Aus diesen beiden Elementen sei die Politik aller westlichen Regierungen zusammengesetzt, aber in verschiedenen Proportionen. «Sowohl in Europa wie in Amerika ist die klare und offensichtliche Notwendigkeit, sich vor Augen zu halten, wie sehr wir alle an beide Seiten dieses Arguments glauben. Für die Amerikaner bedeutet das: sie müssen sich viel mehr vorsehen, ihre Bundesgenossen nicht dadurch zu erschrecken, daß sie die vorsichtigen Einschränkungen weglassen, welche jene, die tatsächlich die amerikanische Politik machen, niemals versäumen, im Privatgespräch hinzuzufügen. Dulles hat während seines Rundflugs durch Europa sehr hilfreich in dieser Richtung gewirkt; die offensichtliche Vorsicht, mit der man in Washington die Frage der chinesischen Blockade behandelt, ist auch beruhigend. Genau so nötig ist es für die Europäer, die umgekehrte Moral zu lernen: sie müssen endlich einmal aufhören, den Amerikanern zu erzählen, daß sie gedankenlos und verantwortungslos seien, sondern sie müssen gemeinsam mit ihnen die Strategie des «kalten» Krieges studieren, um zu sehen, ob es eine Methode gibt, ihn schnell zu gewinnen, und die eine gute Erfolgchance verspricht, ohne die Entzündung des «heißen» Krieges wahrscheinlich zu machen. . . Das ist bei weitem die beste Methode, um dafür zu sorgen, daß tatsächlich nichts Gefährliches unternommen wird. Es genügt nicht, darauf zu bestehen, daß die Amerikaner mit ihnen beraten. Denn wenn die Europäer zu diesen Beratungen mit dem Entschluß gehen, gegen jeden Vorschlag ihr Veto einzulegen, werden sich die Amerikaner weigern, mit ihnen zu beraten — und das mit vollem Recht».

Mit der *Traditionspflege im italienischen Heer* befaßt sich die Wochenzeitung «*Der Standpunkt*» (Meran) in Nummer 3/1953 auf Grund eines Gespräches mit dem italienischen Verteidigungsminister *Pacciardi*. Das Haupt der italienischen Republikaner, Veteran des spanischen Bürgerkrieges und Schöpfer der neuen italienischen Armee, verbindet mit seinem erneuernden Idealismus den Sinn für Realismus und die Achtung vor der Tradition. «Denn auch die Tradition ist eine Kraft. Es wäre ein Irrtum gewesen, sie abzutragen. Ein Heer darf mit seiner Vergangenheit nicht tabula rasa machen. Die Überlieferung muß erhalten bleiben, mit ihrem Ruhm, ihren Niederlagen und ihren Irrtümern». Im italienischen Heer ist daher nicht nur



die Garde erhalten geblieben; man hat auch bei der Aufstellung der neuen Regimenter und Divisionen an die alten ruhmreichen Namen angeknüpft, z. B. die «Grenadiere von Sardinien». Allgemeine Wehrpflicht und Nationalarmee sind aus dem Geist der Demokratie hervorgegangen. Man muß sogar die Frage stellen, ob nicht der Gedanke des Bürgers in Waffen den Kriegen erst ihre furchtbare Totalität verliehen habe. — Gegenüber Auffassungen, wonach die Uniform nur das Arbeitskleid des Soldaten sei, erklärte Pacciardi, Soldat sein heiße etwas mehr als seine tägliche Arbeit verrichten, sei etwas mehr als ein Beruf — Opfer und Pflicht: «Ein Soldat muß auf seine Uniform stolz sein. Er habe daher besonderen Wert darauf gelegt, die Freude an der Uniform im italienischen Volk wieder zu erwecken. Auch der Parademarsch werde gepflegt. — Das italienische Heer werde aus 151/2 Divisionen bestehen, darunter zwei Panzerdivisionen und fünf Alpenbrigaden, die seit jeher Elitetruppen waren. Die verwundbare Stelle des Landes liege bei Görz, wo 70 km Ebene zu decken sind. Die Entwicklung der italienischen Luftwaffe und der Bau von Kampfflugzeugen liegen noch zurück. — Dem Plan einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft widersprach Pacciardi anfänglich, mit der Begründung, man könne dem Soldaten keine Fahne nehmen, ohne ihm eine neue zu geben. Er sei daher solange ein Gegner des Planes gewesen, als nicht die politische Ordnung die Richtung auf ein größeres Vaterland hin einschlug. Dies sei nun aber der Fall. Pacciardi bestreitet das Vorhandensein einer kommunistischen Gefahr im italienischen Heer. Zur Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands bemerkte er: «Ein deutsches Heer mit dem Wert und der Tradition, die es hat, rückt den Krieg in die Ferne».

Die Aufführung von *Kingsleys «Sonnenfinsternis»*, der Bühnenbearbeitung des gleichnamigen, weltbekannten Romans von *Arthur Koestler*, stieß bei den Schauspielern des Mannheimer Nationaltheaters auf lebhaften Widerspruch. In dem Artikel «*Theaterhelden*» von *Hannes Schurtz* im «*Rheinischen Merkur*», Nr. 7/1953, werden die mancherlei Bedenken in den Schauspielerbriefen geschildert, auf die der Intendant in ausgezeichneter Weise geantwortet hat: «Wenn Sie die Mitwirkung aus ideellen Gründen ablehnten, weil Sie Kommunist seien, würde ich Ihre Weigerung ehren. . . Aber darum geht es hier gar nicht, sondern um die Rückversicherung im Fall eines Russeneinmarsches. Diesen Standpunkt kann ich nicht billigen. Ich halte es für die vornehmste Aufgabe des Theaters, Stücke aufzuführen, die sich für die Idee der Menschlichkeit und der inneren Freiheit einsetzen. . . Im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Meinung, daß dieses Stück der friedlichen Zusammenführung unseres Vaterlandes dient, denn es verurteilt die Gewaltherrschaft und vertritt ihr gegenüber die Menschlichkeit. Wenn diese siegt, werden wir auch kein geteiltes Deutschland mehr haben. Wenn dieses Stück überhaupt eine Tendenz hat, was ich bestreite, dann nur die angedeutete. Wegen *dieser* Tendenz ist z. B. kein Künstler zur Verantwortung gezogen worden, sondern nur wegen der umgekehrten». — Der Intendant ist aber «kein Unmensch», wie Schurtz bemerkt, sondern er übernimmt in vorbildlicher Weise die Verantwortung und versichert seinen Schutzbefohlenen: «Zu Ihrer Beruhigung bestätige ich Ihnen gerne, daß Sie nichts unversucht gelassen haben, Ihre Rolle in dem Stück loszuwerden, und daß ich Sie gezwungen habe, darin zu spielen». — Die Schlußfolgerungen von Schurtz sind ausgezeichnet und verdienen weiteste Verbreitung.

Bei der wachsenden *strategischen Bedeutung* der *Arktis* werden auch die russische Murmanküste und die Murmanbahn in allen strategischen Planungen der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. «*Das Problem der Murman-Bahn*», das General der Inf. Dr. *Waldemar Erfurth* in der «*Wehrwissenschaftlichen Rundschau*» (Hefte 6 und 7: Darmstadt) behandelt, ist daher von mehr als historischer Bedeutung, wenn

auch der Verfasser vor allem darlegt, welche Rolle diese Bahn in den deutsch-finnischen Plänen und Kämpfen der Jahre 1941/42 gespielt hat. Die 1916 vollendete Bahnverbindung zwischen Leningrad und Murmansk, dem einzigen eisfreien Hafen Rußlands an der Eismeerküste, führt durch die fast unbewohnte, von zahlreichen Sümpfen und Seen durchzogene Wildnis Ostkareliens. Die Unübersichtlichkeit und Unwegsamkeit dieser Wildnis bietet der Bahn einen starken Schutz gegen jede Bedrohung von Westen her. Marschall Mannerheim betonte 1941 die Tragweite dieser Bahn für die Kriegführung der Sowjetunion nicht nur in bezug auf das Heranführen von Kriegsmaterial und Lebensmitteln aus Amerika und England, sondern auch wegen ihrer moralischen Bedeutung als wichtigster Verbindungsweg Rußlands mit seinen damaligen Verbündeten. Die strategische Bedeutung dieser Bahn zeigte sich schon 1918, als sie zur Verhinderung eines allfälligen deutsch-finnischen Vorstoßes von einem britischen Expeditionskorps besetzt wurde. Wohl gelang es im zweiten Weltkrieg den finnischen Truppen, zwischen Ladogasee und Onegasee die Bahn zu besetzen und während drei Jahren zu unterbrechen. Allein die Russen hatten 1938—1941 eine von der Murmanbahn abzweigende Verbindungsbahn zur Archangelsk-Bahn erstellt und damit Murmansk an das Eisenbahnnetz Innerrußlands angeschlossen. Die Zweigstelle Soroka am Weißen Meer war daher das wichtigste Operationsziel in den Plänen Mannerheims für die Besetzung der Murmanbahn. Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles wären freilich die rechtzeitige Einnahme Leningrads und eine einheitliche Organisation des Oberbefehls gewesen.

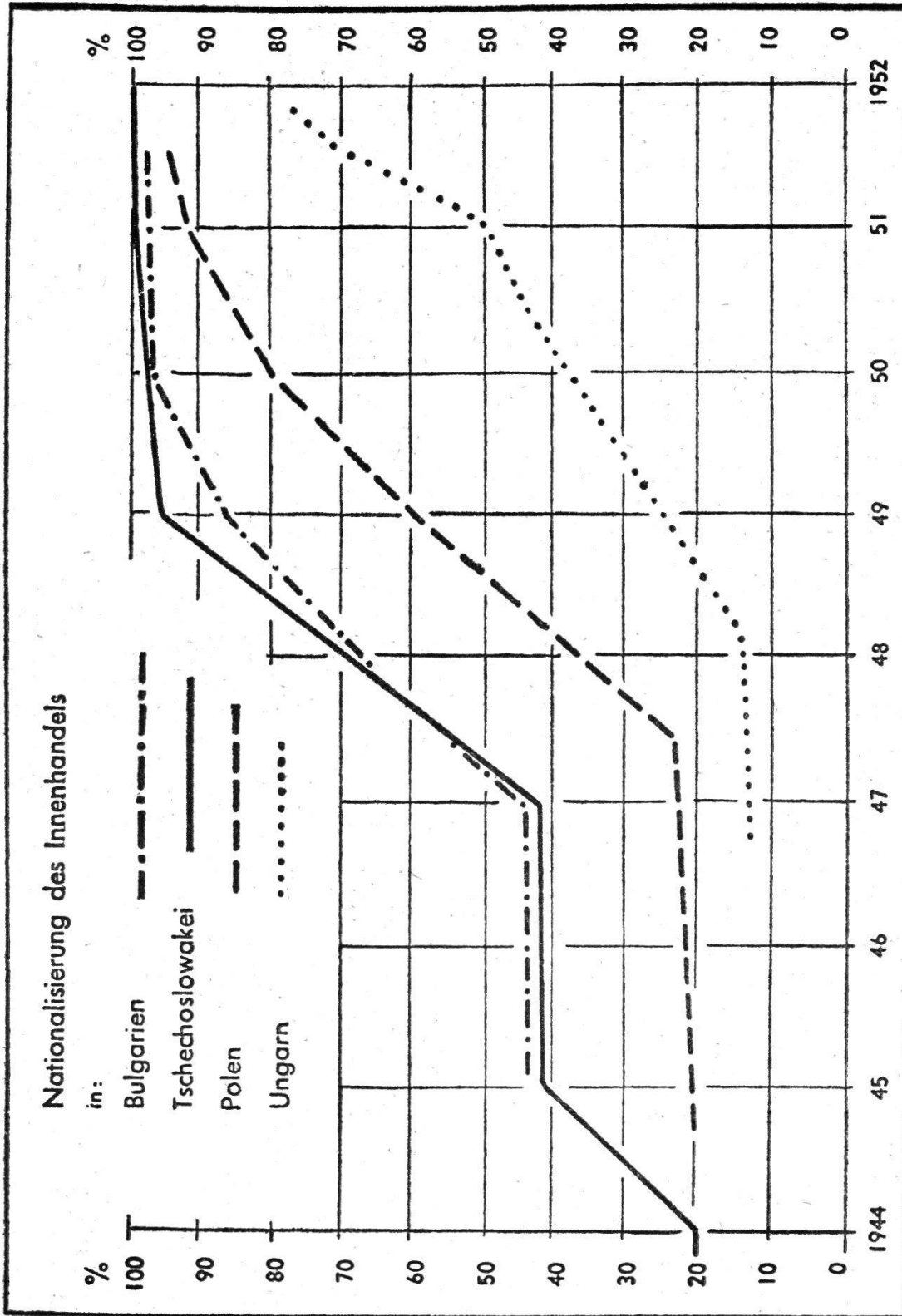
Wie der *«Intelligence Digest»* (14, Old Queen Street, London S. W. 1) in Nummer 171, Februar 1953, berichtet, sind den russischen Langstreckenbombnern kürzlich neue Standorte zugewiesen worden. Nach den letzten Nachrichten soll es 57 Formationen geben, von denen 51 in den nördlichen Gebieten stationiert sind, längs den Küsten des europäischen Rußlands und Sibiriens, zwei befinden sich im Südteil von Zentralasien und nur eine in Südeuropa. Über die Standorte der weiteren drei ist man nicht genau orientiert. Das Schwergewicht dieser Bomberformationen befindet sich somit im hohen Norden.

In der gleichen Nummer des *«Intelligence Digest»* lesen wir, daß sich seit 11/2 Jahren in der Tarnung eines großen Geschäftsunternehmens ein russisches Spionagezentrum betätigt. Das Geschäft weist einen großen Umsatz auf, dessen Erlös dem russischen Nachrichtendienst zufließt. Das Netz dieser Transaktionen dehnt sich von Tanager nach Paris, Stockholm, Zürich, Addis Abeba, Beirut, Guatemala-Stadt und Mexico aus. Im Betrieb arbeitet kein einziger Sowjetbürger. Die Leitung haben ein Schwede und ein Amerikaner inne.

Der Nationalökonom *Bresciani-Turroni* anerkennt in einem Leitartikel des *«Corriere della Sera»* vom 8. Februar *«Die Europäische Zahlungsunion in Gefahr?»*, das Hauptverdienst dieser Organisation liegt darin, Europa von den Wirrnissen des Bilateralismus befreit zu haben; der gegenwärtige Mangel rühre daher, daß sie sich in einem beschränkten Raum auswirke, der zudem Gläubiger des Dollarraumes sei. Also müsse die Zahlungsunion danach streben, sich zu einem breiteren System zu entwickeln, das eine allgemeine und nicht nur teilweise Konvertibilität der europäischen Währungen zulasse. Der Verfasser findet deshalb die Möglichkeit, Großbritannien könnte sich von Europa trennen, sehr beängstigend. Wie aus einigen Artikeln der *«New York Times»* hervorgehe, möchte England zu einem separaten Wirtschaftsabkommen mit den USA gelangen, um dann in bilaterale Verhandlungen mit den einzelnen europäischen Staaten zu treten und das Abkommen über die Zahlungsunion, das am kommenden 30. Juni verfallt, mit einer Klausel zu erneuern, wonach es Großbritannien allein gestattet wäre, jederzeit, ohne Vor-

anzeige, aus der Zahlungsunion auszutreten. Die Folgen eines solchen Austritts wären nach der Meinung des Verfassers: eventueller Austritt auch anderer Staaten, die eine günstige Zahlungsbilanz aufweisen; größere Einschränkung der englischen Importe aus dem europäischen Raum, um zu verhindern, daß sich zu Gunsten der europäischen Länder in Dollar konvertible Pfundüberschüsse ergeben; zwangsläufiger Verzicht der anderen Staaten auf eine Politik der freien Wirtschaft; Verzicht auf das multilaterale System zu Gunsten eines Systems bilateraler Verträge, verbunden mit einer Schrumpfung des intereuropäischen Handels. — Es sei deshalb zu wünschen, daß die USA keine Separatabkommen mit Großbritannien eingehen, um nicht die Tendenz der von Foster Dulles befürchteten «Desintegrierung Europas» zu begünstigen.

In Deutschland wird die *wirtschaftliche Entwicklung Südamerikas* aufmerksam verfolgt, weil der Absatz auf den dortigen Märkten für die deutsche Industrie von erheblicher und zukunftsreicher Bedeutung ist. Dabei ergeben sich, wie kürzlich das brasilianische Beispiel besonders klar gezeigt hat, in der Abwicklung der abgeschlossenen Handels- und Zahlungsabkommen immer wieder beträchtliche Schwierigkeiten: die Preise der südamerikanischen Rohstoffe übersteigen die des Weltmarktes um einen Drittel oder mehr. Woran liegt das? Die Hamburger «Zeit» Nr. 51/1952 ist, der allgemeinen Anteilnahme an Südamerika folgend und angeregt durch die Verstaatlichung des Zinnbergbaues in Bolivien, mit einem redaktionellen Artikel: «Rohstoffmärkte — Kampffelder der Macht» dieser Frage mit Beschränkung auf das Gebiet einiger Nichteisenmetalle nachgegangen. Daß die Preisbildung auf ihren Rohstoffmärkten nicht mehr unter Konkurrenzbedingungen erfolgt, weil die «Vermachtung» durch private Monopolgesellschaften und durch Zugriff des Staates weit fortgeschritten ist, belegt die «Zeit», unter Anführung eines reichen Materials (neben dem Öl), an den Mustern des chilenischen Kupfers und des Zinns aus Bolivien, Indonesien und Malaya. Bei beiden Rohstoffen sind die wirtschaftlichen Elemente der Preisbildung durch politische Momente verdrängt worden; hier wie dort ist ein Einfluß der Nachfrage auf den Preis, etwa durch Boykott, am Zerbröckeln der Verbraucherfront gescheitert. Rein politische Motive haben auch hier die ökonomischen Spielregeln überwuchert. «Alles in allem» — so schloß der lesenswerte Artikel —: «Wenn der Nationalökonom die Weltmärkte der Nichteisen-Metalle übersieht, so muß er feststellen, daß es keine Ansatzpunkte für modell-theoretische Untersuchungen gibt, mit denen sich ein Marktgleichgewicht ermitteln läßt. Diese Märkte sind vielmehr ein zerklüftetes Kampffeld machtpolitischer Interessengruppen».



Abdruck aus «News from behind the Iron Curtain», Monatliche Veröffentlichung der Rundfunkstation Radio Free Europe.